

Protokoll des Plenums am 08.09.2014

Moderation: Bernhard

Protokoll: Klaus

Tagesordnung

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

- Schwerpunkt: Der Palästina-Konflikt
- Anträge
 - Finanzierung eines Rechtsgutachtens zu Ceta
 - Einladung der Freien Wähler Mammendorf
 - Einladung der schlagenden Verbindung Stauffia
- Aktionen
 - Streetlife-Festival
 - Aktion Buchhandel
- Bericht von der Montagsmahnwache
- Sonstiges
- Termine

Geplant aber nicht behandelt wurden die Punkte

- Aktionen
 - Fest der Solidarität
 - Riemer Hoffest
 - Aktionstag TTIP
- Berichte
 - ESU Paris
 - Vorbereitungen zum G7 2015 in Elmau
 - Winterschule 2015

Schwerpunkt: Der Palästina-Konflikt

- Im Frühjahr 2014 war eine Reisegruppe, an der u. a. Micha, Bernd und Henning H. teilnahmen, zu Besuch in den palästinensischen Gebieten.
- Es wird auf die Kampagne BDS (Boycott, Divestment, Sactions) hingewiesen (http://de.wikipedia.org/wiki/Boycott,_Divestment_and_Sanctions).
- Henning berichtet von der Reise:
 - Es gibt viele Punkte, die nicht in den Zeitungen stehen. Z. B. die Wasserverteilung: Israel bekommt 80% des Wassers, Palästinenser müssen bei Änderungen der Wasserversorgung Anträge bei israelischen Behörden stellen. Die Zuteilung wird oft an Bedingungen gebunden, wie z. B. der Zustimmung zur Belieferung illegaler Siedlungen. Israelischen Siedlern stehen durchschnittlich 700-1000 L Wasser pro Tag zur Verfügung, Palästinensern in bestimmten Gebieten nur 17 L.
- Bernd berichtet
 - Siedlungen sind z. T. unerwartet groß und haben z. B. 50.000 Einwohner.
 - Aus Gesprächen mit Siedlern wurde deren Sichtweise deutlich: viele betrachten das Land als ihr Gebiet seit Abrahams Zeiten. Das aber verstößt gegen internationales Recht.

- Man sieht viele nicht fertig gebaute Gebäude. Die Palästinenser leiden unter großem Wohnraummangel. Alle Neubauten müssen von israelischen Behörden genehmigt werden, was oft nicht geschieht. Daher werden Gebäude illegal errichtet, deren Bau muss aber meist abgebrochen werden. Viele Gebäude werden von israelischen Behörden wieder abgerissen.
- Landwirtschaftliche Produkte aus palästinensischen Gebieten werden von – nach internationalem Recht illegalen – israelischen Siedlern als israelische Produkte exportiert.
- Micha berichtet:
 - Sie befragte Soldatinnen, wie sie zu ihrem Dienst stünden: sie waren stolz und begeistert, Waffen zu tragen und bei der Armee zu sein.
 - In Hebron sind israelische Siedlungen direkt über den palästinensischen Markt gebaut. Die Siedler werfen regelmäßig Müll von oben auf die Marktteilnehmer.
 - Von Palästinensern wurde eine Video-Aufzeichnung gezeigt. Darin ist eine Demo in einem Dorf zu sehen, in dem die Bewohner von ihren Plantagen abgeschnitten sind. Dabei kam es zu Übergriffen der israelischen Sicherheitskräfte auf Kinder, die man in einem Haus in Sicherheit gebracht hatte. Gegen sie wurde Tränengas eingesetzt und einige wurden festgenommen. Kinder werden oft über Wochen und Monate inhaftiert.
- In der Fishbowl-Diskussion gibt es folgende Beiträge:
 - Es wird die Frage aufgeworfen, inwieweit Kritik an der israelischen Regierung überhaupt möglich ist, ohne dem Vorwurf von Antisemitismus ausgesetzt zu sein.
 - Israel beachte keine UN-Resolutionen und halte sich nicht an Menschenrechte. Der Antisemitismus-Vorwurf sei an dieser Stelle nicht angebracht.
 - Es wird über einen Artikel in der TAZ berichtet, in dem gefordert wird, die Deutschen müssten für 1000 Jahre schweigen. Dies sei ein rassistisches Argument.
 - Die Deutschen hätten eine besondere Verantwortung, denn die Palästinenser seien die Opfer unserer Opfer.
 - Eine Teilnehmerin meint, Deutschland habe eine historische Verantwortung und antisemitische Strukturen in der Argumentation seien oft nur schwer zu erkennen. Dies löse bei ihr selbst Verlegenheit aus. Das sei evtl. der Grund für die allgemeine Zurückhaltung.
 - Es gebe viele jüdische Autoren, die gegen die israelische Politik argumentierten, z. B. von Heinz Galinski, der sagte: „Ich habe den Holocaust nicht überlebt, um zu neuem Unrecht zu schweigen“. Auch Israel müsse sich an internationalen Kriterien messen lassen.
 - 62% der besetzten Gebiete stünden unter direkter militärischer Verwaltung und unterlägen starker Repression. Dies sei rechtlich nachweisbar und nach internationalem Recht nicht zulässig.
 - Der Antisemitismus-Vorwurf sei nicht relevant und müsse nicht beachtet werden. Das Widerstandsrecht der Palästinenser sei zu befürworten. Die Frage sei aber, mit welchen Mitteln. Raketen und Selbstmordattentate seien nicht nur ethisch fragwürdig, sondern auch politisch unklug. Sie lieferten regelmäßig Argumentationshilfe für Gegenmaßnahmen.
 - Zum gewaltlosen Widerstand wird auf den berühmten Brief Martin Bubers an Ghandi hingewiesen, in dem die Zweistaatenlösung propagiert wurde. Auf israelischer Seite bestehe die Intention, das ganze Land zu okkupieren, auf der anderen Seite werde das Existenzrecht Israels nicht anerkannt. Der Staat Israel sei auf Unrecht gegründet – wie der vieler anderer Staaten auch, wie z. B. die meisten amerikanischen Staaten. Es bleibe letztendlich nur die Zweistaatenlösung.
 - Die Soldatinnen seien schon vor 25 Jahren begeistert gewesen, weil sie wüssten, dass es notwendig sei, das Land zu verteidigen. Vor aggressivem Auftreten von Friedensaktivisten müsse gewarnt werden.

- Unrecht werde von beiden Seiten ausgeübt, Israel sei als Besatzer aber deutlich mehr im Unrecht. Kritik an Israel sei nicht automatisch antisemitisch, könne aber so ausgeschlachtet werden und ein Eigenleben gewinnen. Man müsse darauf achten, keine Nebenwirkungen zu erzielen.
- Es wird vorgeschlagen, eine Klausur zum Thema „Krieg und Frieden“ zu veranstalten.
- Zur Frage, ob und wie das Thema weiterbehandelt werden soll, gibt es folgende Stellungnahmen:
 - Die Kampagne BDS (s. oben) sollte unterstützt werden.
 - Das Thema sei kein Kernthema von Attac, jeder könne individuell bei anderen Gruppen an diesem Thema arbeiten.
 - Dem wird widersprochen, „Krieg und Frieden“ sei ein zentrales Thema von Attac, eine Stellungnahme zum Palästina-Konflikt sei wünschenswert.
 - Es wird davor gewarnt, dass Attac sich positioniert, da dann die Gefahr bestünde, in die rechte Ecke gedrängt zu werden.
 - Das Thema sollte auf einer allgemeineren Ebene behandelt werden. Wichtig sei dabei die Errichtung internationaler rechtsstaatlicher Strukturen, die eine Grundvoraussetzung zur gewaltfreien Lösung von Konflikten seien, z. B. eine von allen Seiten anerkannte Gerichtsbarkeit für völkerrechtliche Streitigkeiten.
 - Das Thema sei insofern wichtig, weil internationales Rechtsdenken und Menschenrechte erodierten, wenn der Konflikt nicht angegangen würde.
 - Das Thema sei zwar kein Attac-Kernthema aber es sei wichtig. Eine Veranstaltung dazu sei wünschenswert. Von der Politik seien keine Lösungen zu erwarten, es sei Druck von unten erforderlich.
- Es wird vorgeschlagen, eine Vorbereitungsgruppe für eine interne Veranstaltung zum Thema zu bilden. Ein Stimmungsbild ergibt große Zustimmung.
- Bernd, Micha und Henning erklären sich dazu bereit.

Anträge, Beschlussvorlagen

Finanzierung eines Rechtsgutachtens zu Ceta

- Das zwischen Kanada und der EU seit Jahren verhandelte Freihandelsabkommen Ceta wurde kürzlich geleakt. Es soll demnächst in die Gesetzgebung der EU und deren Mitgliedsländer eingebracht werden.
- Andrea und Fritz Glunk stellen den Antrag zur Mit-Finanzierung eines Rechtsgutachtens bei Prof. A. Fischer-Lescano zur Rechtmäßigkeit des Freihandelsabkommens Ceta zwischen Kanada und der EU. Der Wortlaut des Antrags findet sich im Anhang.
- Sie begründen den Antrag damit, dass neben der politischen Auseinandersetzung mit den Freihandelsabkommen auch eine rechtliche Auseinandersetzung dringend erforderlich sei. Der Vertrag soll am 25.09.2014 in Ottawa durch die EU-Kommission paraphiert werden. Es bestehe Grund zur Annahme, dass die Kommission damit EU-Recht verletzt, indem sie dem Abkommen ohne eine vorhergehende Befragung der nationalen Parlamente zustimmt.
- Zum Antrag gibt es folgende Wortmeldungen:
 - Vor Beauftragung des Gutachtens solle bei Attac-D und im Bündnis nachgefragt werden, ob bereits von anderer Seite ein solches Gutachten in Auftrag gegeben wurde oder werde.
 - Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass das Gutachten zum Ergebnis einer Rechtsverletzung komme?
 - Es wird vorgeschlagen, andere Organisationen an der Finanzierung des Gutachtens und an der damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit zu beteiligen.

- Es wird auf einen Aufsatz von Prof. Axel Fischer zu rechtlichen Aspekten bezüglich des TTIP hingewiesen, mit dem man ebenfalls arbeiten könne ([TTIP und das deutsche Grundgesetz](#)).
- Die Antragsteller nehmen dazu Stellung:
 - Die Rückfrage über eine anderweitige Beauftragung eines Gutachtens kann nur in einem sehr begrenzten zeitlichen Rahmen durchgeführt werden, da das Gutachten möglichst bis 24.09.2014 fertiggestellt sein sollte.
 - Ein Interview mit Prof. Axel Flessner, ([Interview mit Prof. Flessner](#)) einem Experten für internationales Privatrecht und Aussagen von Prof. Fischer-Lescano lassen vermuten, dass Rechtsverstöße vorliegen.
 - Andere Organisationen könnten zu einem späteren Zeitpunkt beteiligt werden. Der Antrag richte sich darauf, dass Attac-München das Gutachten allein in Auftrag gibt.
- Bernd erklärt, dass die Finanzierung gesichert sei, da der Betrag dem entspricht, was für eine Überweisung an Attac-D vorgeschlagen sei.
- Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass die Reservierung von Mitteln für einen Vortrag von Lori Wallach nicht mehr relevant sei.
- Der Antrag wird mit dem Zusatz, dass die Beauftragung des Gutachtens „nach Konsultationen mit Kay Schulze am 09.09.2014“ erfolgen soll, zur Abstimmung gestellt. Das Ergebnis ist:
23 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

Einladung der Freien Wähler Mammendorf

- Henning H. stellt folgenden Antrag:
„Das Plenum befürwortet, dass Attac München einem Wunsch der Freien Wähler in Mammendorf entspricht, einen Referenten zum TTIP-Abkommen für eine Veranstaltung zu schicken. Die Auswahl des Referenten/der Referentin wird der Projektgruppe Freihandelsfälle überlassen.“
- Es gibt folgende Wortbeiträge:
 - Ist die geplante Veranstaltung intern oder öffentlich? Für Attac sei wichtig, ob sie in erster Linie der Information diene oder dem Wählerfang. Attac sollte auf Distanz zu Parteien achten.
 - Bei dem Beitrag von Attac gehe es um Inhalte. Ein Podium dafür sei wichtig. Da derzeit keine Wahlen anstünden, sei ein Missbrauch nicht wahrscheinlich.
 - Mehrfach wird von positiven Erfahrungen aus verschiedenen Veranstaltungen mit Parteien berichtet. Man könne dort auch Meinungen beeinflussen.
- Die Abstimmung über den Antrag ergibt:
17 Ja, 3 Nein, 2 Enthaltungen

Einladung der Schlagenden Verbindung Stauffia

- Es liegt eine Einladung der fakultativ schlagenden Verbindung Stauffia vor, Attac und seine Ziele dort in einem Vortrag vorzustellen (s. Mail vom 26.08. 2014 von Hagen an den Ko-Kreis). Jochen liest die Einladung vor. Er hat bei der Verbindung bereits zugesagt, nachdem eine Unterrichtung des Ko-Kreises über seine Bereitschaft, den Vortrag zu bestreiten, keine Einwände erbrachte.
- In der Diskussion gibt es folgende Beiträge:
 - Die Teilnahme an einer Veranstaltung wird mehrfach befürwortet. Damit könnten Erfahrungen mit der Abgrenzung nach rechts gesammelt werden. Es müssten aber mehrere erfahrene Attacies dabei sein.
 - Mehrfach werden Bedenken geäußert: die Verbindung sei zumindest rechtspopulistisch. Es sei eine neue Strategie der Rechten, Anschluss zu suchen, der man nicht

nachkommen sollte. Es sollte vermieden werden, dass Rechte mit uns Werbung machen.

- Vor einer Entscheidung sollten zunächst Informationen über die Verbindung eingeholt werden.
- Es wird über den Vorschlag abgestimmt, die Entscheidung über die Teilnahme auf das nächste Plenum zu verschieben und in der Zwischenzeit Informationen über die Verbindung einzuholen. Das Ergebnis ist:
19 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung
- Es wird Kritik daran geübt, dass eine Zusage ohne Ausreichende Rücksprache mit Ko-Kreis oder Plenum gegeben wurde.
- Nachtrag: Nach Information und Diskussion über die Mail-Verteiler wurde die Teilnahme eines Attac-Vertreters an einer Veranstaltung der Verbindung zwischenzeitlich abgesagt (Mail vom 09.09.2014).

Aktionen

Streetlife-Festival

- Zur Besetzung des Info-Standes auf dem Streetlife-Festival am 13./14.09.2014 wird eine Liste zirkuliert, in der sich die TeilnehmerInnen eintragen.

Aktion Buchhandel

- Laura berichtet von der Aktion gegen TTIP im Buchhandel, die am 23.09.2014 ansteht. Sie lässt eine Liste mit den Münchner Buchhandlungen herumgehen, in der sich Aktive eintragen, die sich an der Aktion beteiligen. Wichtig ist, dass Buchhandlungen nicht mehrfach angesprochen werden.

Bericht von den Montagsmahnwachen

- Uta berichtet von der Teilnahme an Montagsmahnwachen, die jeden Montag von 18:00 – 21:30 am Sendlinger Tor stattfinden.
 - Die Veranstalter grenzen sich aktiv gegen rechts ab.
 - Es wurden vor allem Kriegsthemen wie Ukraine und Gaza behandelt.
- Die Veranstalter sind an einer Beteiligung von Attac, speziell an einem Redebeitrag, interessiert.

Termine

- Sa. 13./So. 14.09.2014, Streetlife-Festival, Ludwig- und Leopoldstraße, München (<http://www.streetlife-festival.de/streetlife-festival/>)
- Mo. 15.09.2014, 19:00: „TTIP – Potentiale und Risiken des Transatlantischen Freihandelsabkommens“, Veranstaltung des WirtschaftsForums der Sozialdemokratie, Der Pschorr, Viktualienmarkt 15, München (<http://www.w-forum.de/veranstaltungen/>)
- Sa. 20.09.2014: Aktionstreffen des „Bündnisses gegen Krieg und Rassismus“ zum G7-Gipfel 2015 in Elmau, EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80, München
- Sa. 20.09.2014, 12:00 – 20:00: Fest der Solidarität, Rotkreuzplatz, München (<http://bifa-muenchen.de/node/1871>)
- So. 21.09.2014, 10:00 – 18:00: Großes Hoffest auf dem Gut Riem, Isarlandstraße 1, Riem ([Riemer Hoffest](#))
- Sa. 11.10.2014: Europäischer Aktionstag gegen TTIP, CETA, TISA und die Freihandelsagenda (<http://www.attac.de/index.php?id=72038>)